

DEUTSCHLAND HAT RESERVE(N)!

WEITER WIE BISHER? EIN SZENARIO

EINLEITUNG

**FORDERUNGEN UND NOTWENDIGKEITEN -
AUFWUCHSZIELE DER NATO**

**AUFWUCHSFÄHIGKEIT - WEHRPFLICHT -
AUFFÜLLEN DER RESERVE**

**RESERVE IN DER BUNDESWEHR -
BUNDESWEHR DER RESERVE**

(RESERVE-)DIENST AN DER GESELLSCHAFT

KERNFORDERUNGEN

**DAS ZIELSZENARIO: EIN KRIEGSTÜCHTIGES
DEUTSCHLAND**

Weiter wie bisher? Ein Szenario

Frühjahr 2029: Russische Truppen haben nach monatelangem diplomatischen Geschacher und politischen Provokationen litauischen und polnischen Boden betreten. Die polnische Armee wirft sich dem Angreifer entgegen, muss aber zurückweichen. Die NATO-Verbände im Baltikum waren schon in den Tagen zuvor alarmiert worden und stellen sich in verlustreichen Kämpfen dem Gegner. Die russischen Soldaten sind nach dem jahrelangen Krieg in der Ukraine kampferprobt. Nach dem Ende des zweiten Ukrainekrieges im Sommer 2025 und den Gebietsverlusten der Ukraine im Osten hat Russland weiter gerüstet und seine Fronterfahrung in die Ausbildung zahlreicher junger Soldaten einfließen lassen.

Die deutschen Soldaten der Brigade Litauen verfügen hingegen über keine Kampferfahrung. Deutschland und die europäischen NATO-Staaten haben die "Zeitenwende" still und leise beerdigt. Notwendige Investitionen in die Infrastruktur, geringes Wirtschaftswachstum und steigende Sozialausgaben waren im politischen Tagesgeschäft wichtiger. Jetzt im Frühjahr 2028 - noch viel früher als von manchen Militärs befürchtet - tritt Russland erneut an, um seinen Machtbereich in Richtung Mitteleuropa zu erweitern. Putin will so auch seine Macht innerhalb Russlands sichern. Die russische Bevölkerung steht hinter ihm und dem Krieg. Schließlich war die russische Armee auch in der Ukraine siegreich, so hat es die russische Propaganda den Menschen immer wieder eingetrichtert.

Deutschland hat den Gedanken, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft resilient werden müssen, nicht weiterverfolgt. Alles blieb beim Alten. Sicherheit und Verteidigung hatte man "outsourct" an die Bundeswehr. Fehlentwicklungen in den Streitkräften waren zudem nicht hinterfragt worden. Die Bundeswehr wurde weiter vom Frieden aus gedacht und nicht vom Krieg. Friedensdividende und vermeintliche attraktivitätssteigernde Maßnahmen, wie sie in Unternehmen der Privatwirtschaft üblich sind, wurden nicht unter dem Aspekt der Kriegstüchtigkeit korrigiert. Die Politik blieb in ihrem Streit verhaftet, wie viel Mittel einsatzbereite Streitkräfte brauchen. Die Frage, welches innere Gefüge sowohl eine kriegstüchtige Bundeswehr, aber vor allem voll einsatz- und kampfbereite Streitkräfte brauchen, wurde nicht gestellt.

Die deutsche Politik war in den Monaten vor Kriegsbeginn wie gelähmt. Die Einberufung von Wehrpflichtigen hat die Bundesregierung nach endlosen Diskussionen darüber, ob ein Bündnisfall auch ein nationaler Spannungsfall wäre, ergebnislos verworfen. Man wollte mit einem solchen Schritt Russland nicht unnötig provozieren, so der Bundeskanzler, der in seiner Richtlinienkompetenz durch eine Sperrminorität von AfD und BSW eingeschränkt war. Es blieb bei einem freiwilligen Wehrdienst, der nicht einmal das schwedische Modell für Deutschland energisch adaptierte.

Es gab weder genug Geld, noch wurden die notwendigen strukturellen Entscheidungen getroffen; vom Aufbau einer umfangreichen Reserve für eine abschreckende Aufwuchsfähigkeit durch die Wiederbelebung einer Wehrpflicht ganz zu schweigen. Der Bundeswehr gelang es nicht, die von der NATO bereits 2024 geforderten zusätzlichen Kampfbrigaden aufzustellen.



Hier geht es zur
Hörfassung des
Szenarios

Allein in den ersten zwei Tagen des Krieges sind 450 deutsche Soldatinnen und Soldaten gefallen. Hunderte weitere sind verwundet oder vermisst. Die Brigade Litauen ist nach gut einer Woche zerschlagen. Armee und Gesellschaft sind mit den Schlagzeilen überfordert. Man versucht nun hektisch für die im Eilverfahren eingeführte Allgemeine Wehrpflicht, die noch immer nur für Männer gilt, Einberufungsbescheide zu versenden. Die dazu notwendigen Daten der Einwohnermeldeämter können aufgrund fehlender Konnektivität seit 2011 nicht in einem automatisierten Verfahren zugestellt werden, sondern in Container-Lieferungen zu je 5.000 Adressen, welche manuell durch Verwaltungsmitarbeiter ausgewertet werden. Die Einberufungsbescheide müssen per Post zugestellt werden.

Auch die nur gut 40.000 beordneten Reservistinnen und Reservisten bekommen ihren Heranziehungsbescheid per Post. Bei den übrigen hunderttausend langjährig ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Streitkräfte verlassen haben, sind aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlage der Nachverfolgung, die aktuellen Adressen in den meisten Fällen nicht verfügbar. Deren Einberufungsbescheide erreichen ihre Adressaten in vielen Fällen nicht.

Markus ist einer derjenigen, die den Einberufungsbescheid per Post erhalten haben.

Er ist beordert und Feldwebel in einer Heimatschutzkompanie. Eigentlich wollte er bei Katastrophen helfen und im Krisen- oder Verteidigungsfall im Objektschutz eingesetzt werden oder Sicherungsaufgaben mit seiner Kompanie übernehmen. Er hätte sich dafür gerne in den vergangenen Jahren in Übung gehalten. Das militärische Wissen, das er jetzt zwingend braucht, muss er nachlesen, anstatt es drillmäßig zu beherrschen. Seine Heimatschutzkompanie ist zwar personell befüllt, geübt hat sie aber selten. Das hatte Gründe: Die haushalterisch verfügbaren Dienstleistungstage für Reservisten wurden in den letzten Jahren meist für ehemalige Berufssoldaten über 60 Jahre als Urlaubsvertretung und zur Deckung vakanter Dienstposten von aktivem Personal genutzt. Außerdem hat er, wegen des Fachkräftemangels, von seinem Arbeitgeber in der Personalabteilung eines Automobilzulieferers leider nicht die notwendige freiwillige Freistellung erhalten. Sein Dienst in der Reserve sei ja freiwillig, hieß es. Eine Pflicht des Arbeitgebers, ihn freizustellen, hat die Bundeswehr trotz der im Soldatengesetz gegebenen Möglichkeiten nicht genutzt.

Da die aktive Truppe nach Osten verlegt, wird Markus nun für das provisorisch aufgebaute Feldersatzwesen requiriert. Er soll Rekruten ausbilden. Man rechnet mit so hohen Verlusten, dass die Allgemeine Grundausbildung auf sechs Wochen verkürzt wird. Noch streiten Bundeswehrverband und Ministerium öffentlich, ob dafür die Soldatenarbeitszeitverordnung (SAZV) ausgesetzt wird, damit man die notwendigen Ausbildungsstunden auch in sechs Wochen unterbringen könne. Die Beteiligungsgremien stellen sich zudem quer, wenn es darum geht, die Rekrutinnen und Rekruten auch am Wochenende auszubilden. Entscheidungen dauern quälend langsam. Die Medien berichten darüber und ernten Unverständnis in der Bevölkerung.

Kasernen fehlen. Markus und seine Kompanie haben eine Grundschule zugewiesen bekommen. In den Klassenzimmern werden die Rekrutinnen und Rekruten untergebracht. Turnhalle, Schulhof und Stadtwald müssen für die Ausbildung genutzt werden. Markus ist mit Herzblut dabei, doch die Unzulänglichkeiten sind nicht zu übersehen. Das spüren auch seine Rekruten.

Zwar stehen seine Vorgesetzten ihm mit Rat und Tat zur Seite, und im Gegensatz zu den meisten anderen Ausbildungskompanien gibt es hier auch einen Militärpfarrer, doch die Verunsicherung der jungen Männer und Frauen, die er ausbildet, ist buchstäblich mit den Händen zu greifen. Es fehlt an Material für die Reserve, die aktive Truppe hat nahezu alles gen Osten mitgenommen. Sie üben mit Gewehrattrappen. Der Schießstand des örtlichen Schützenvereins muss erhalten, wenn die Soldaten auf Kleinkaliber- oder Jagdwaffen einen "scharfen Schuss" abgeben.

Ein Rekrut, Lutz sein Vorname, fällt ihm dabei besonders auf. Er ist still und in sich gekehrt. Angesichts der zunehmenden Berichte von der Front hat Markus ernste Zweifel, ob Lutz dort bestehen wird. Dennoch wird er nach vier Monaten mit allen anderen in Marsch gesetzt. Die Verluste der NATO und der Bundeswehr sind so hoch, dass man inzwischen auf nur noch unzureichend militärisch ausgebildete Soldaten zurückgreifen muss, um die Front zu halten. Lutz fällt im ersten Gefecht. Markus setzt den Brief auf, den seine Eltern erhalten werden. Die Bundeswehr hat dazu eine Formulierungshilfe erstellt.

Einleitung

„Jeder Bürger eines Staates ist der geborene Verteidiger desselben.“ In Zeiten des Krieges gewinnt dieser während der Befreiungskriege formulierte Satz des Militärreformers Scharnhorst wieder enorm an Bedeutung. Dies gilt einmal mehr für eine demokratische und freiheitliche Nation wie die deutsche.

Mit dem zweiten Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 sind vermeintliche Gewissheiten endgültig zerbrochen. Der Krieg ist zurück in Europa und wird auch von Atommächten bislang konventionell geführt. Panzer und Artillerie sowie Drohnen als neue Waffe bestimmen und prägen das Schlachtfeld. Wir sehen eine neue Form des konventionellen Krieges, die Elemente des Ersten und Zweiten Weltkriegs mit einem unter Einschluss der digitalen Welt geführten Drohnenkrieg verbindet. Weiter gilt: Ein konventioneller, auf breiter Front geführter Krieg bedeutet große Verluste an Menschen und Material. Er ist daher nicht vergleichbar mit den Stabilisierungseinsätzen der vergangenen Jahre, bei denen die Verluste vergleichsweise gering waren oder sind, so dass es dort keiner Reserve bedarf.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat zwar das Wort "Zeitenwende" ausgesprochen und damit angedeutet, wie groß die Herausforderungen nicht nur für die Streitkräfte, sondern auch für die Politik und die Gesellschaft nach über 30 Jahren Friedensdividende sind. Die Bundesregierung hat daraus jedoch keine langfristige Strategie abgeleitet, um der immensen Herausforderung gerecht zu werden.

Als Mitglieder von Charlie Delta Uniform sehen wir mit großer Sorge, dass sich in unserem Land zwar eine mehrheitliche Akzeptanz sicherheitspolitischer Reformen andeutet, es jedoch am politischen Willen fehlt, diese Herausforderungen anzupacken. "Zeitenwende" bedeutet neben zahlreichen notwendigen weiteren Maßnahmen in Bundeswehr und Gesellschaft, dass die Streitkräfte in die Lage versetzt werden müssen, effektiv abzuschrecken. Dafür ist vor allem die personelle Einsatzbereitschaft entscheidend. Diese kann nicht mit stehenden Streitkräften und einer Freiwilligenarmee gelingen.

Es braucht eine Rückbesinnung auf die Reserve und ihren eigentlich Wesenskern. Das geht nicht ohne Wehrpflicht.

Forderungen und Notwendigkeiten - Aufwuchsziele der NATO

Der Generalinspekteur hat aus den Forderungen der NATO abgeleitet, dass Deutschland künftig in der Lage sein muss, Streitkräfte in einer Stärke von 460.000 Frauen und Männer unter Waffen bereitzustellen. Dies schließt die Reserve mit ein. Die NATO hat Deutschland zudem aufgefordert, fünf neue Kampfbrigaden aufzustellen.

Ein derartiger personeller Aufwuchs kann nicht allein mit aktiven Soldatinnen und Soldaten gelingen. Allein die dafür notwendigen dauerhaften Personalkosten ließen sich in keinem Bundeshaushalt abbilden. Derzeit gibt es keinen realistischen Plan, wie das durch den Generalinspekteur ausgegebene Ziel erreicht werden könnte.

Aber auch bei dem aktiven Personalbestand der Streitkräfte muss Deutschland innerhalb seiner Verpflichtungen im Bündnis und zur Landesverteidigung mit seiner Personalstärke von derzeit 180.000 auf 270.000 Berufs- und Zeitsoldaten bzw. Wehrpflichtige aufwachsen. Beide essenziellen Forderungen der NATO zur Verteidigung Deutschlands und des NATO-Bündnisgebietes, sowohl einen Personalbestand in der Reserve von rund 200.000 ausgebildeten und in Übung gehaltenen Reservistinnen und Reservisten, als auch ein Zuwachs von mehr als 30 Prozent bei dem Personalbestand der aktiven Soldatinnen und Soldaten ist ohne eine Wehrpflicht nicht umsetzbar.

Wir benötigen daher sowohl einen verpflichtenden Dienst als auch eine neue Strategie der Reserve. Nicht nur mit Blick auf die Frage, wie viele Reservisten die Streitkräfte brauchen, auch welche Reservisten benötigt werden, erfordern eine Rückbesinnung als auch einen Strategiewechsel. Stand bisher die zivile Qualifikation von Reservistinnen und Reservisten, die diese für die Streitkräfte nutzbar gemacht haben, im Vordergrund, so ist nun die militärische Bildung und Erziehung von Reservistinnen und Reservisten geboten - und hier besteht auch der größte Handlungsbedarf, will man Heimatschutzkräfte und damit verbunden ein Feldersatzwesen in einer nennenswerten Zahl generieren.

Dabei sollte eine Rückbesinnung auf die Frage handlungsleitend sein, wen die Bundeswehr braucht: Es fehlen keine Offiziere für Stäbe und Führung, sondern Soldaten mit traditioneller militärischer Ausbildung, die in der Lage sind, im Gefecht zu bestehen.

Jedes Jahr scheiden über 1000 Offiziere und Stabsoffiziere aus dem aktiven Dienst aus. Auch diese in die Reserve zu binden, wird eine entscheidende Aufgabe sein. Wir brauchen in erster Linie Männer und Frauen mit robusten militärischen Fähigkeiten und dem Willen zum Kampf, unabhängig von ihrer zivilen Qualifikation. Der seitens der Streitkräfte artikulierte Bedarf an unausgebildeten Offizieren über den Quereinstieg mit ihrer privatwirtschaftlichen Expertise, beläuft sich demgegenüber jährlich auf aktuell unter 100 und inkludiert bereits medizinisch-approbiertes Personal. Gleichwohl stellt sich die Aufgabe, Reservisten auch unter Berücksichtigung ihrer zivilen Fähigkeiten einzusetzen. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem militärische Fähigkeiten ausschlaggebend für Dienstgrad und Verwendung in der Reserve sein müssen.

Wir brauchen den Lehrer und die Professorin, die bereit sind, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen. Wir brauchen den Ingenieur und die Architektin, die nicht nur Brücken planen, sondern Brücken sprengen oder Behelfsbrücken bauen.

Wir brauchen den Studenten und die Auszubildende, die infanteristische Fähigkeiten erlernen und regelmäßig üben. Sie alle müssen bereit sein, ihren Beitrag zur Verteidigung unseres Landes – unser aller Lebensweise – zu leisten, gegebenenfalls in den Heimatschutzkräften als eigener Teilstreitkraft.

Aufwuchsfähigkeit – Wehrpflicht – Auffüllen der Reserve

In der CDU Deutschlands besteht bezüglich der Einführung eines Gesellschaftsjahres bzw. einer (Kontingent-)Wehrpflicht eine eindeutige Beschlusslage. Diese muss ein wesentlicher Bestandteil eines Koalitionsvertrags werden. Unmittelbar nach einer Regierungsübernahme muss mit der Umsetzung begonnen werden.

Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr wird von der großen Mehrheit der Deutschen begrüßt. Die Hürden zu einer Einführung sind gleichwohl höher als bei der "Scharfschaltung" der Wehrpflicht. Die Ausgestaltung des Gesellschaftsjahres, bei dessen Realisierung der Wehrdienst zu einer Säule dieses Gesellschaftsjahres werden würde, ist nicht Gegenstand unserer Überlegungen. Wir begrüßen aber die dahingehenden Beschlüsse der CDU und unterstützen sie. Wir sind überzeugt, dass auch dann genug junge Menschen sich für den Dienst in der Bundeswehr entscheiden werden, wenn sie die Wahl zwischen einem zivilen und einem militärischen Dienst für Deutschland haben.

Die Umsetzung eines Gesellschaftsjahres erfordert umfangreiche konzeptionelle und organisatorische Maßnahmen, nicht zuletzt eine Änderung des Grundgesetzes mit einer Zweidrittelmehrheit des Deutschen Bundestages. Deswegen hat die CDU im Grundsatzprogramm festgelegt, dass bis zur Umsetzung des verpflichtenden Gesellschaftsjahres in einem Zwischenschritt die Aussetzung der Wehrpflicht durch die Einführung einer Kontingentwehrpflicht zurückgenommen wird. Mit einer Kontingentwehrpflicht wird kurzfristig die personelle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gestärkt. Mittel- bis langfristig wird die Kontingentwehrpflicht dann in das verpflichtende Gesellschaftsjahr überführt, das unabhängig vom Geschlecht gilt und freie Wahlmöglichkeiten auch jenseits der Bundeswehr lässt.

Das Konzept einer Kontingentwehrpflicht fußt auf den geltenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen, die auch nach der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011 weiterhin bestehen. Damit ist eine Grundgesetzänderung nicht notwendig. Entscheidend aber ist der Gedanke, dass der Bedarf und die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte bei der Umsetzung und der Einberufungspraxis im Vordergrund stehen müssen. Konkret heißt das: Die Bundeswehr soll nur so viele Einberufungen vornehmen, wie es die Streitkräfteplanungen erfordert und wie die Bundeswehr aufgrund ihrer Kapazitäten (Material, Personal, Infrastruktur) fähig ist, auszubilden. Die Frage der "Wehrgerechtigkeit" ist daher nicht der zentrale Aspekt und wird mit Einführung eines Gesellschaftsjahres obsolet.

Reserve in der Bundeswehr – Bundeswehr der Reserve

Kräfte im Heimatschutz

Grundlagen für die Kräfte im Heimatschutz hat die Union mit der von ihr entwickelten Konzeption des Freiwilligen Wehrdienstes im Heimatschutz bereits gelegt. Diese Form des Wehrdienstes ist ein Erfolg und auch im Falle einer neuen Wehrpflicht werden aus dieser genug Kräfte generiert, um die Truppenteile im Heimatschutz personell zu befüllen. Die Idee, diese Kräfte in einer Heimatschutzdivision zu bündeln und einheitlich zu führen, begrüßen wir.

Diese Heimatschutzdivision sollte als Nukleus einer "Heimatwehr", wie etwa in Norwegen praktiziert, angesehen und entsprechend auf der politischen und militärischen Ebene gefördert werden. Dies beinhaltet entsprechende Strukturen in jedem Bundesland und eine entsprechende Ausrüstung und eigene Ausbildung. Klar ist aber auch: Eine Division wird nicht ausreichen, um die im Operationsplan Deutschland definierte kritische Infrastruktur zu schützen.

Reserveoffiziere

Wir brauchen weiterhin die Möglichkeit, Reserveoffiziere in einer kürzeren Verpflichtungszeit (SAZ 2) oder ROA a.d.W. auszubilden. Dies dient dazu, den hohen Bedarf an subalternen Offizieren im Verteidigungsfall aufgrund der hohen Verluste dieser Dienstgradgruppe abzudecken. Es ist zudem ein Anreiz für junge Leute, erste Führungserfahrung ohne eine lange Verpflichtungszeit zu sammeln und zudem ein staatsbürgerliches Bekenntnis zu unserem Land.

Darüber hinaus bietet eine zweijährige Verpflichtungszeit einen niederschweligen Einstieg in die Bundeswehr und den Bewerbern die Möglichkeit, sich aus der Ausbildung heraus für eine längere Laufbahn in der Bundeswehr zu entscheiden.

"Warfighting Wehrverwaltung"

In den Streitkräften, vor allem aber in der Wehrverwaltung gibt es eine Vielzahl von Dienstposten, zivil wie militärisch – die im Bündnis-, Spannungs- oder Verteidigungsfall obsolet wären. Dem gegenüber steht in diesen Fällen ein deutlich erhöhter Bedarf "in Uniform". Aber nicht nur in den Streitkräften, auch in der Bundeswehrverwaltung besteht in diesen Fällen ein eklatanter personeller Bedarf, bspw. in der Eingriffsverwaltung der Karrierecenter, die in diesen Fällen deutlich mehr Heranziehungen und Musterungen durchführen müssen.

Daher muss eine personelle Umverteilung erfolgen, z.B. sollte der beamtete Referent im Ministerium, zuständig für die Fachaufsicht des zivilen Beurteilungswesens hin zu einem Einsatz als Sachgebietsleiter Wehersatz in einem Karrierecenter qualifiziert werden. Aber auch der Mannschaftssoldat im Betreuungsbüro des BAIUDBw sollte in der Lage sein, eine andere, tatsächlich militärische Aufgabe wahrnehmen zu können / müssen. Dies muss jetzt organisiert und geplant werden, damit im Fall der Fälle alle Angehörige des Ressorts wissen, was ihre jeweilige Aufgabe ist und diese entsprechend qualifiziert wahrnehmen können.

Auch wenn vermutlich große Anteile der zivilen Wehrverwaltung in Aufgaben der Eingriffsbehörden gebunden sein werden, wird es mit zunehmendem Intensitätsgrad auch hier zu einem Abschmelzen der Aufgaben kommen, so dass in letzter Konsequenz auch Zivilbeschäftigte in die Situation kommen können, militärische Aufgaben übernehmen zu müssen.

Dafür, aber auch für das zivil-militärische Verständnis zwischen den unterschiedlichen Bereichen im Ressort und zwischen den unterschiedlichen Statusgruppen bzw. zur Vermittlung der Kernaufgaben der Streitkräfte und damit der Bundeswehr, ist eine Ausbildung des Zivilpersonal in militärischen Grundfertigkeiten in den ersten zwei Dienstjahren eine zwingende Notwendigkeit.

Dazu gehört auch, der großen Anzahl Zivilbeschäftigter in der Bundeswehr mit militärischer Vordienstzeit die Möglichkeit zu regelmäßigen Reservediensten einzuräumen, die bis dato nicht besteht.

“Reserven” in der Ausbildung - Studierende Offiziere in die Truppe

Der bereits aktuell geplante Personalumfang von rund 203.000 Soldatinnen und Soldaten stellt mitnichten den in der Truppe, z.B. in Brigaden und Flottillen verfügbaren Dienstpostenumfang dar, sondern beinhaltet bereits jetzt einen sogenannten Schüler-Etat von über 30.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich noch in der Ausbildung befinden. Das bedeutet nicht, dass diese Soldatinnen und Soldaten nicht schon militärisch ausgebildet wären; wir sprechen hier in einem großen Umfang etwa von Offizieren im Studium, die bereits über Truppenerfahrung verfügen. Das gleiche gilt für Soldatinnen und Soldaten in ZAW-Berufsqualifizierungen im Rahmen ihrer Laufbahnausbildung. Ihr Einsatzwille, ihre Kraft und Mut und Tapferkeit ist im Bündnis-, Spannungs- und Verteidigungsfall nicht im Hörsaal oder im zivilen Lehrbetrieb, sondern in der Truppe gefragt. Daher muss allen Soldatinnen und Soldaten in längerfristiger Ausbildung, die nicht in Form einer Kommandierung absolviert wird, ein (militärischer) Dienstposten zugeordnet werden.

Grundbeorderung

Eine Beorderung ist zunächst nichts weiter, als eine Zuordnung eines gedienten Soldaten zu einer Verwendung/Tätigkeit, die seinem Dienstgrad und seinen Qualifikationen entspricht.

Ein Ordnungskriterium, das dem Soldaten/der Soldatin, dem Truppenteil und der Personalführung dabei hilft, erstens: zu wissen, wo jemand zugeordnet ist und wo er/sie im Regelfall herangezogen wird und zweitens: die Personalplanung für eine entsprechende Aufwuchsfähigkeit sicher zu stellen. Alle ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten, die nicht die allgemeine Altersgrenze überschritten haben, müssen nach dem Ende Ihrer regulären Dienstzeit auf einen Reserve-Dienstposten beordert werden.

Inübunghaltung

Beordnete Reservistinnen und Reservisten müssen mindestens zwei Wochen im Jahr üben. N.a. Truppenverbände und Heimatschutzkräfte müssen als Verband gemeinsam üben. Reservisten, die auf Spiegeldienstposten dienen, üben nach Absprache mit ihrem aktiven Truppenteil. Die zur Verfügung stehenden haushalterischen Mittel für Dienstleistungstage dürfen nicht mehr für sogenannte "Dauerwehrübende" verwendet werden.

Für die Ausbildung und Beübung der Reservisten werden besondere Trainings- und Übungszenren geschaffen.

Ergänzung der aktiven Truppe durch "Fachleute"

Die zu erwartenden Aufgaben werden es erforderlich machen, neben den in den Streitkräften ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten auf Fachexpertise von außen zurückzugreifen. Hierbei gibt es bereits die Möglichkeit, ausgebildete Fachkräfte gemäß ihrer zivilen Qualifikation mit einem entsprechenden Dienstgrad als Reservisten der Bundeswehr einzustellen. Von dieser Möglichkeit wird die Bundeswehr auch weiterhin Gebrauch machen müssen; es bedarf dabei aber eines entsprechenden Angebotes, das einerseits für den Einzelnen attraktiv und umsetzbar ist, andererseits mit einem stringenten militärischen Ausbildungsteil einhergeht, der den Reservisten in die Lage versetzt, in einem militärischen Konflikt zu bestehen. Dabei sollte "mitgedacht" werden, dass die Bundeswehr oftmals mit anderen verteidigungswichtigen Organisationen um dieselbe Zielgruppe wirbt. Der Feldweibel im Heimatschutz ist eben oftmals gleichzeitig in der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW oder dem DRK engagiert. Hier muss die Priorität, auch gegenüber den zivilen Arbeitgebern, klar definiert und gesetzlich abgesichert sein.

(Reserve-)Dienst an der Schnittstelle zur Wirtschaft

Das Prinzip der Freiwilligkeit für Reservistinnen und Reservisten ist nicht mehr zeitgemäß. Wehrübungen zur Inübunghaltung müssen, angesichts der sicherheitspolitischen Lage, verpflichtend sein. Eine Teilnahme ist nur aus gesundheitlichen Gründen durch einen Amtsarzt zu verschieben.

Arbeitgeber müssen Reservisten für Wehrübungen freistellen. Dies ist u.U. mit negativen Folgen für die Wertschöpfung bzw. das Arbeitsumfeld des einberufenen Reservisten verbunden. Klar ist aber auch: Im Verteidigungsfall müssen Arbeitgeber voraussichtlich auf einen nicht geringen Teil ihrer Mitarbeitenden verzichten.

Wir müssen das Bewusstsein stärken, dass die Verteidigung Deutschlands eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das Landeskommando Hessen etwa hat damit begonnen, einen regelmäßigen Austausch mit Wirtschaftsunternehmen zu organisieren. Bereits jetzt sind über 250 Unternehmen eine "Partnerschaft mit dem Heimatschutz" eingegangen. Die Commerzbank informiert ihre Mitarbeitenden proaktiv über die Möglichkeiten eines Reservedienstes. Dieses Modell muss bundesweit etabliert werden. Hier können bis auf die kommunale Ebene auch die Kreisverbindungskommandos einbezogen werden, um vor Ort u.a. mit IHK, Handwerkskammer und anderen Arbeitgeberverbänden Verbindung aufzunehmen.

Kernforderungen

- 1 Die personelle Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr auf 500.000 Soldatinnen und Soldaten bis zum Ende dieses Jahrzehnts muss sichergestellt werden. Voraussetzung hierfür ist die Wiedereinsetzung eines Pflichtdienstes, das volle Ausschöpfen der Potenziale der Reserve und ein gesamtgesellschaftliches Verständnis von Landes- und Bündnisverteidigung. Vor diesem Hintergrund muss der Operationsplan Deutschland bedarfsbegründend sein.
- 2 Die personelle Aufwuchsfähigkeit der Reserve muss materiell hinterlegt werden. Nur wer mit eigenem Material, Gerät und Waffen üben kann, kann den notwendigen Beitrag zur Kriegsbereitschaft leisten. Gleichzeitig stellt dieses Material auch die materielle Reserve der Streitkräfte dar.
- 3 Der Pflichtdienst soll beginnend mit einer Kontingentwehrgpflicht, über eine allgemeine Wehrgpflicht bis hin zu einem Gesellschaftsjahr, das Männer und Frauen für einen Dienst am Gemeinwesen verpflichtet, weiterentwickelt werden.
- 4 Die Reserve muss wieder ihren Kernauftrag erfüllen und entsprechend organisatorisch und strukturell zum Schutz von Frieden und Freiheit neu aufgestellt werden. Der Dienst in der Reserve nicht auf freiwilliger Basis zu organisieren. Er stellt die militärische Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte für den Bündnis-, Spannungs- und Verteidigungsfall sicher. Das Ansehen der Reserve in der Truppe muss dringend verbessert werden und diesem Verständnis entsprechen.
- 5 Der Heimatschutz soll als eine neben der Reserve der Teilstreitkräfte stehende Säule mit der Aufgabe von Schutz und Sicherung im Inland umgewandelt werden. Sie stellt den Nationalen Vorhalt der Landesverteidigung dar und wird nicht bei der NATO als Kräftedispositiv eingemeldet.
- 6 Zivile Institutionen müssen Kapazitäten vorhalten bzw. priorisieren, um Soldatinnen und Soldaten sowie Wehrübende ihren Dienst zu ermöglichen. Dies betrifft u.a. Betreuungsangebote für Kinder und die Pflege von kranken und alten Angehörigen. Staat und Wirtschaft müssen den Reservedienst als systemrelevant privilegieren.
- 7 Es braucht einen Inspekteur Heimatschutz & Reserve. Das ihm unterstellte Kdo Heimatschutz führt die Landeskommandos und den Heimatschutz. Darüber hinaus macht er Vorgaben zur Reserve aller Teilstreitkräfte. Im Bündnis-, Spannungs- und Verteidigungsfall ist er mit dem Heimatschutz Truppensteller für den Nationalen Territorialen Befehlshaber im Operativen Führungskommando.
- 8 Ein zu schaffendes Karrierecenter für die Reserve hat im Schwerpunkt den Auftrag, Reservisten mit besonderen Fähigkeiten einer Verwendung in der Bundeswehr zuzuführen.

Das Zielszenario: Ein kriegstüchtiges Deutschland.

Frühjahr 2028: Russische Truppen haben nach monatelangem diplomatischen Geschacher und politischen Provokationen litauischen und polnischen Boden betreten. Die NATO-Staaten erkennen dies als Angriff gemäß Art. 5 des NATO-Vertrages an. Die Beistandspflicht in diesem Bündnisfall wird ausgerufen. Die Bundesregierung erweist sich als verlässlicher Bündnispartner. Deutschland ist Beispiel für die Verteidigung eines freien und geeinten Europas.

Trotz heftiger politischer Debatten hat die deutsche Politik reagiert. Der Verteidigungshaushalt wuchs weiter auf. Im letzten Jahr lag der Anteil bei 2,2 Prozent des BIP. Sowohl steigende Personalkosten als auch weiter hohe Kosten bei der Beschaffung ließen den Etat stark ansteigen. Ein klares Bekenntnis der Politik erhöhte auch die Bereitschaft der Wirtschaft, die Produktion zu steigern. Inzwischen erreicht die Truppe neues Material und Gerät. Aus dem Bestand wird bereits Material und Gerät an die neu aufgestellten, nicht aktiven Verbände und die Heimatschutzregimenter abgesteuert, sobald die aktive Truppe das neue hochmoderne Gerät erhält.

Nach der Bundestagswahl hat der Bundestag konsequent die Wehrpflicht wieder eingesetzt. Abgeleitet vom schwedischen Modell wurden bereits 2025 die ersten Wehrpflichtigen einberufen, im ersten Jahr etwa 10.000 Wehrdienstleistende. Männer und Frauen werden nun jahrgangsweise gemustert und erfasst. Dabei wird auf die digitalen Gesundheitsdaten und die Daten der Einwohnermeldeämter zurückgegriffen. Der Datenschutz wurde entsprechend gesetzlich geregelt. Im Jahr 2026 und 2027 wurden jeweils 20.000 bzw. 30.000 junge Männer und Frauen einberufen und ausgebildet. Die Reservestrukturen wachsen auf. Ein nicht geringer Teil der Wehrdienstleistenden verpflichtet sich weiter. So gelingt neben dem Befüllen der Reservestrukturen auch der von der NATO geforderte Aufwuchs der aktiven Truppe auf 270.000 Sollstärke. Die Nachricht vom Angriff Russlands ist ein Schock. Aber die deutsche Öffentlichkeit ist vorbereitet. Die Menschen haben Vertrauen in die Politik. Man hat das Gefühl, dass in den letzten Jahren viel getan wurde, um sich auf eine solche Situation vorzubereiten. Natürlich gibt es Diskussionen und Kritik, aber die Stimmung im Land ist von großem Ernst geprägt.

Um 16 Uhr erreicht Markus als ausgebildeter Reservist digital und verschlüsselt die Alarmierung. Seine Grundausbildung liegt vier Jahre zurück, aber durch das regelmäßige Üben in seinem Heimatschutzregiment, hat er sich militärischen Grundfertigkeiten bewahrt und sich weiterqualifiziert. Er ist inzwischen Feldwebel und bildet andere Reservisten aus.

Vergleichbar zu skandinavischen Modellen wie der norwegischen Heimwehr hat Deutschland die Kräfte für den Heimatschutz in einer eigenen Division gebündelt. Diese Kräfte erfüllen nicht nur ihren eigentlichen, sich aus dem Namen ableitbaren Auftrag, sondern sind so gut ausgebildet, dass aus ihnen heraus eine weitere Unterstützung im Verteidigungsfall möglich ist. So wird auch Markus nun herangezogen.

Er weiß genau, was er zu tun hat. In wenigen Stunden wird er in der Kaserne sein. Da er in der Vergangenheit verantwortlich für die Ausbildung in seiner Kompanie war, wird er nun zur Ausbildung der neu einberufenen Rekruten abgestellt. Zuletzt hatte er eine Weiterbildung im Drohnenkampf genossen, die neu in die Allgemeine Grundausbildung aufgenommen wurde.

Die jungen Männer und Frauen, die vor ihm auf dem Hof stehen, sind verunsichert. Er spürt das. Einer fällt ihm auf. Lutz. Er wird ihn besonders im Auge behalten, damit er bestmöglich ausgebildet wird in den kommenden Wochen. Markus hat Vertrauen, dass dafür genug Zeit sein wird. Seine Kompanie hat sofort die vorgesehenen Sicherungsaufgaben übernommen. Auch in der Bundeswehr ist die Stimmung ernst und angespannt. Aber es herrscht ein großes Grundvertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Das will Markus nun auch seinen Rekrutinnen und Rekruten vermitteln. Markus ist überzeugt und vermittelt das auch: Deutschland hat Reserven, seine Freiheit zu verteidigen.

Herausgeber:

CHARLIE
DELTA 
UNIFORM

Charlie Delta Uniform –
mit Sicherheit Union e.V.
Postfach 511229, 13372 Berlin
Vertreten durch Tanja Merkl, Stefan
Quandt und Dr. Peter Tauber